

Stadt Ulm  
Zentrale Steuerung / Finanzen

**ulm**

Vorbericht zum  
Haushaltsplanentwurf 2011  
GD 903/10

# Vorbericht

## 1. ALLGEMEINES

### 1.1 Lage der kommunalen Haushalte

Die kommunalen Einnahmen sind in 2009 um circa 4,9 Mrd. € bzw. 2,8 % auf 170,0 Mrd. € zurückgegangen. Die kommunalen Ausgaben sind im gleichen Zeitraum um nahezu 10 Mrd. € auf 177,2 Mrd. € gestiegen. Der kommunale Finanzierungssaldo ist damit regelrecht abgestürzt: Er ist um circa 14,8 Mrd. € auf ein Defizit von -7,2 Mrd. € gefallen.

Mit der in 2010 eintretenden volkswirtschaftlichen Stabilisierung geht in 2010 noch keine Stabilisierung der kommunalen Haushalte einher. Die Entwicklung sinkender Einnahmen auf 165,9 Mrd. € (Rückgang um 3,4 % bzw. 4 Mrd. €) und steigender Ausgaben auf 180,8 Mrd. € (Anstieg um 2,0 % bzw. 3,6 Mrd. €) setzt sich fort. Für das Jahr 2010 wird mit -14,8 Mrd. € das höchste Finanzierungsdefizit der Nachkriegsgeschichte erwartet. Der Druck auf die kommunalen Haushalte erhöht sich damit nochmals erheblich.

Ursächlich für die sinkenden Einnahmen sind insbesondere Steuerausfälle in erheblicher Höhe. Im Ergebnis erlitt das Gewerbesteueraufkommen (brutto) im Jahr 2009 einen Rückgang um 21 % gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2010 ist davon auszugehen, dass sich der Einbruch der Gewerbesteuer zwar abschwächt, dennoch wird bundesweit nochmals ein Rückgang um 5,6 % prognostiziert. Ebenfalls zurückgegangen sind die Einnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. In 2010 wird mit -7,0 % mit einem ähnlich hohen Rückgang gerechnet wie im Jahr 2009 (-7,4 %). Anders als beim Gemeindefinanzbericht in 2009 können dieses Jahr die Prognosewerte der Steuerschätzung vom Mai 2010 beibehalten und müssen nicht noch einmal nach unten korrigiert werden.

Die deutliche Steigerung der Ausgaben findet in allen Bereichen statt. Auch wenn die Ausgabesteigerungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) in 2010 nicht so hoch ausgefallen sind wie angenommen, so steigen die Ausgaben für soziale Leistungen in 2009 und 2010 jeweils um deutlich über 4 % gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich sind hier insbesondere steigende Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe sowie Hilfe zu Pflege. Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht akzeptabel, dass der Bund seinen Anteil bei den Kosten der Unterkunft senkt.

Der Anstieg im Bereich der investiven Ausgaben ist insbesondere auf die zusätzlichen, im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes zur Verfügung gestellten Mittel zurückzuführen.

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Defizit/ Überschuss Mrd. €
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	+/- in %	
2000	147,1	+ 0,5	145,1	+ 0,7	+ 2,0
2001	144,2	- 1,9	147,2	+ 1,4	- 2,9
2002	144,5	+ 0,2	149,2	+ 1,4	- 4,7
2003	141,4	- 2,2	149,8	+ 0,5	- 8,4
2004	145,3	+ 2,7	149,2	- 0,4	- 3,9
2005	151,1	+ 3,8	153,4	+ 2,7	- 2,3
2006	158,6	+ 4,9	155,7	+ 1,5	+ 2,9
2007	169,3	+ 6,7	160,7	+ 3,2	+ 8,6
2008	174,9	+ 3,3	167,3	+ 4,1	+ 7,6
2009	170,0	- 2,8	177,2	+ 5,9	- 7,2
2010	165,9	- 2,4	180,8	+ 2,0	- 14,9

Obwohl die Steuerschätzung vom November 2010 für die Jahre 2011 – 2013 von einer Verbesserung der finanziellen Situation bei den Kommunen ausgeht, ist für den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung von einem negativen kommunalen Finanzierungssaldo auszugehen. Die kommunalen Haushalte leiden nicht nur unter einem konjunkturellen Defizit, sondern auch unter einem strukturellen. Anders als derzeit wahrgenommen ist der Einbruch der Steuereinnahmen nur teilweise verantwortlich für die aktuelle Situation der kommunalen Haushalte. Vielmehr hat die in den vergangenen Jahren vorgenommene Entlastung der Bundes- und Landeshaushalte zu Lasten der Kommunen (z.B. Kleinkindbetreuung) zu einem strukturellen Ausgabeproblem in den Kommunalhaushalten geführt. Es ist deshalb also nicht davon auszugehen, dass bei einem Anziehen der Steuereinnahmen sich die kommunalen Haushalte aus der derzeitigen Schieflage befreien können.

Um hier nachhaltig für Besserung zu sorgen sollte sich die derzeit vom Bund eingesetzte Gemeindefinanzkommission weniger mit der Neustrukturierung der kommunalen Steuereinnahmen beschäftigen, sondern vielmehr die Ausgabenverteilung zwischen Bund, Länder und Gemeinden in den Fokus ihrer Diskussionen nehmen.

(Quelle: Der Städtetag – Gemeindefinanzbericht 2010)

## 1.2 Wirtschaftliche Lage

Die Wirtschaft in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg durchlief im Jahr 2009 eine Rezessionsphase, die in ihrem Ausmaß in der Geschichte der Republik ohne Beispiel ist. So sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Bund in 2009 um 4,7 %, in Baden-Württemberg sogar um 7,4 %.

Um so mehr überrascht nun die schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft. Während im Frühjahr 2010 eine reale Zunahme des BIP um ca. 1,5 % prognostiziert wurde, gehen die Konjunkturprognosen derzeit von einem Wirtschaftswachstum von bis zu 3,5 % in 2010 aus. Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert nun in besonderem Maße von der weltwirtschaftlichen Erholung. Für die Volkswirtschaft in Baden-Württemberg, deren Exportabhängigkeit noch ausgeprägter ist, werden noch höhere Wachstumsraten erwartet. Auch die Inlandsnachfrage wird dieses Jahr in Deutschland spürbar zunehmen. Dies liegt insbesondere daran, dass die langfristigen Zinsen auf niedrigem Niveau sind, was die Nachfrage nach Wohnbauten stützt, sowie am Rückgang der Kurzarbeit in 2010.

Der Preisauftrieb bleibt trotz der erhöhten Nachfrage mit einer prognostizierten Inflationsrate von 1,3 % moderat.

Für das kommende Jahr 2011 erwarten die Wirtschaftsinstitute nur noch eine verhaltene Expansion. Ursächlich hierfür ist ein Nachlassen der Nachfrageimpulse aus dem Ausland. Des Weiteren laufen die staatlichen Konjunkturpakete aus und das vom Bund beschlossene Sparpaket zur Haushaltskonsolidie-

zung soll umgesetzt werden. 2011 soll das reale BIP deshalb nur noch um circa 1,5 % zunehmen.

Für 2010 wurden ursprünglich im Jahresdurchschnitt über 4 Mio. Arbeitslose prognostiziert. Aufgrund der überraschend starken Konjunktur sind im Oktober 2010 tatsächlich nur 2,945 Mio. Menschen arbeitslos (Oktober 2009 3,23 Mio. Menschen). Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,0 % (Oktober 2009 7,7 %). Für 2011 werden im Jahresdurchschnitt unter 3 Mio. Arbeitslose prognostiziert. Erfreulich sind auch spürbare Rückgänge bei der Kurzarbeit.

### 1.3 Die wirtschaftliche Situation in Ulm

Die konjunkturelle Erholung der regionalen Wirtschaft setzt sich fort. Derzeit beurteilt ein Großteil der regionalen Unternehmen ihre Geschäftslage als gut. Erfreulich ist auch, dass überwiegend eine weitere Verbesserung der Geschäftsentwicklung erwartet wird. Diese gute Beurteilung ist auch einer gewissen Erleichterung geschuldet, dass die Krise überwunden scheint und sich schnell wieder eine Belebung der Geschäfte zeigt. Diese Situation spiegelt sich auch im Konjunkturklimaindikator der IHK wieder, der mit einem Wert von 114 Punkten nunmehr den höchsten Stand seit 2 Jahren erreicht hat.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Branchen, so ergibt sich ein differenziertes Bild.

Der Umsatz in der Industrie hat deutlich angezogen. Aus diesem Grund werden auch die Lageurteile positiver. Gestützt von einem steigenden Auftragstendenz und einer guten Kapazitätsauslastung geht fast die Hälfte der Betriebe von einer weiteren Besserung aus.

Auch in der Baubranche fällt die Beurteilung der Geschäftslage wieder besser aus. Beim Auftragseingang in den Bereichen Straßen- und Tiefbau sowie im öffentlichen Hochbau wird eine mäßige Belebung festgestellt. Dementsprechend sind die Erwartungen der Baubranche sehr viel vorsichtiger als in anderen Branchen.

Annähernd ohne Blessuren ist der regionale Einzelhandel durch die Wirtschaftskrise gegangen. Rund 85 % der Betriebe sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden oder bezeichnen sie als gut. Der Umsatz hat im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zugenommen.

Der Aufschwung in der Dienstleistungsbranche hält an. Zwar fallen die Lagebewertungen im heterogenen Dienstleistungssektor recht unterschiedlich aus. Gemeinsam marschieren die Serviceanbieter jedoch weiter in Richtung Erholung.

Die Erwerbslosigkeit in der Region ist in den vergangenen 12 Monaten stark zurückgegangen. Im Jahresvergleich sank die Zahl der Arbeitslosen im Agenturbezirk Ulm um 1.200 Menschen. Insgesamt sind im Oktober 2010 im Bezirk Ulm 6.239 Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote beträgt 3,8 % (Oktober 2009 4,5 %).

All diese positiven Signale sollen jedoch nicht über das wackelige Fundament des eingeschlagenen Erholungskurses hinwegtäuschen. Denn die erfreuliche Entwicklung ist mit Sondereffekten und Risiken behaftet. Zum einen laufen weltweit milliardenschwere Konjunkturprogramme aus und die Staaten müssen allmählich beginnen zu sparen.

(Quelle: IHK Ulm – Konjunkturbericht im Frühjahr 2010)

## 1.4 Finanzielle Rahmendaten des Haushalts 2011

### 1.4.1 Finanzpolitische Ziele

Der Gemeinderat hat als finanzpolitische Ziele grundsätzlich beschlossen

- die gesetzliche Mindestzuführung zu erwirtschaften
- im Finanzplanungszeitraum keine neuen Schulden aufzunehmen.

Auf Grundlage der Steuerschätzung vom November 2009 war zu befürchten, dass diese Zielsetzungen aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Kommunalhaushalte für den Haushalt 2011 nicht gehalten werden können und im Gegenteil sogar mit einem Defizit im Verwaltungshaushalt in Höhe von 5 Mio. € zu rechnen ist.

Um in dieser Situation gegen zu steuern haben Gemeinderat und Verwaltung eine Haushaltsstrukturkommission gegründet. Hier wurden als finanzpolitische Eckwerte für das Jahr 2011 beschlossen:

- Wir vermeiden unter allen Umständen ein Defizit im Verwaltungshaushalt.
- Wir beschränken die Nettoneuverschuldung im Finanzplanungszeitraum bis 2013 auf maximal 50 Mio. €.

Gleichzeitig wurde festgelegt, dass die für die Erreichung dieses finanzpolitischen Mindestzieles erforderliche Konsolidierung in Höhe von 5 Mio. € nicht auf die Fachbereichsbudgets verteilt wird, sondern fachbereichsübergreifend erbracht wird – vorausgesetzt es kommt nicht zu weiteren Einnahmeeinbrüchen.

Ausdrücklich wird im Hinblick auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise darauf hingewiesen, dass es derzeit sehr schwierig ist, das Steueraufkommen und insbesondere auch die Entwicklung der Sozialausgaben mit der Qualität zu prognostizieren, die eine geordnete Haushaltsplanung erfordert. Im Monatsrhythmus verändern neue Entwicklungen und Diskussionen die Perspektiven. Die aktuell sehr positive Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung lässt die Systemrisiken, die die Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart hat, in den Hintergrund treten. Dennoch ist das System weiterhin labil und trägt Gefahren in sich, die kurzfristig die Lage völlig verändern können. Auf dieser Grundlage kann nur von Jahr zu Jahr mit einer hinreichenden Verlässlichkeit geplant werden.

Durch die Umstellung des Haushaltes auf das Neue kommunale Haushaltsrecht (Vgl. auch Allgemeine Bemerkungen zum Haushaltsplan S. VII – XXI) ergeben sich bei der Beurteilung dieser finanzpolitischen Mindestziele teilweise ergänzende Betrachtungsnotwendigkeiten. Hierauf wird unter dem Punkt „Ausgleich des Ergebnishaushaltes / Zuführung zum Vermögenshaushalt“ im Vorbericht näher eingegangen

### 1.4.2 Ergebnishaushalt (bisher Verwaltungshaushalt)

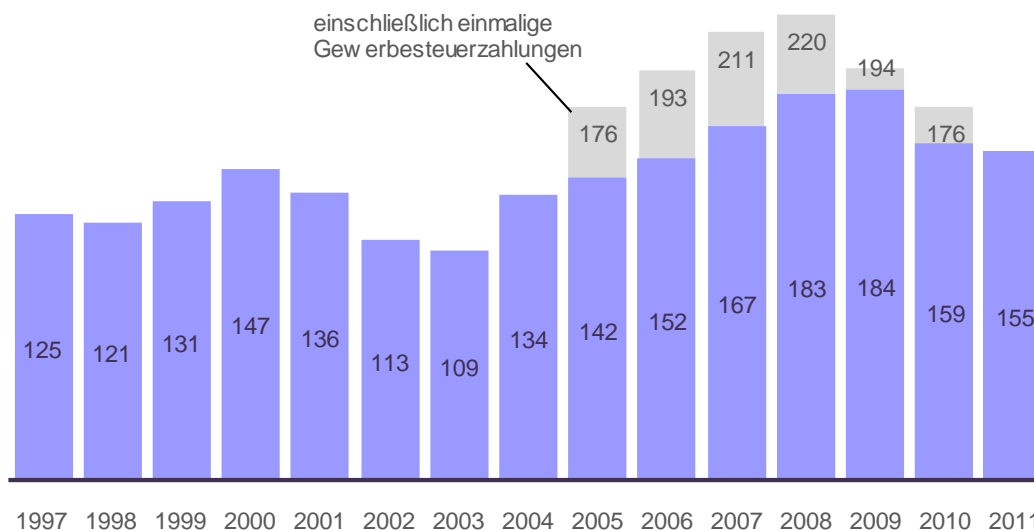
#### **Allgemeine Finanzmittel**

Die allgemeinen Finanzmittel haben sich auf niedrigem Niveau eingependelt. Die Planung 2011 geht von einer leichten Verbesserung von rd. 7,5 Mio. € gegenüber der beschlossenen Finanzplanung (2009 - 2013) aus. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Umsetzung der Vorgaben des Gemeinderates aus dem Konsolidierungspaket 2 (Grundsteuererhöhung, Ausschüttung SWU). Die Auswirkungen der Steuerschätzung im November auf die Finanzausstattung der Kommunen bleiben abzuwarten.

Somit stehen 2011 155 Mio. € zur Deckung der Fach-/Bereichsbudgets, des Gebäudeunterhalts sowie der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe zur Verfügung. In 2009 lag diese Zahl noch bei 194 Mio. €, im Nachtrag 2010 insbesondere aufgrund hoher einmaliger Gewerbesteuerzahlungen bei 176 Mio. €.

In 2009 wurde aufgrund hoher Gewerbesteuernachzahlungen eine Rücklage „Finanzausgleich 2011“ in Höhe von 7,7 Mio. € gebildet. Diese Rücklage wird 2011 zur Ausgleich der Belastungen aus dem Finanzausgleich verwendet und ist bei der Ermittlung der allgemeinen Finanzmittel eingerechnet.

## Allgemeine Finanzmittel in Mio. €



### Ermittlung der Fach-/Bereichsbudgets

Die Fach-/Bereichsbudgets entwickeln sich in 2011 wie folgt:

<b>Budget 2010 (ohne Gebäudeunterhalt) 1)</b>	<b>138.044.000 €</b>
Einmalige Sonderfaktoren 2010:	-2.835.000 €
Neue einmalige Sonderfaktoren 2011:	1.678.000 €
Konsolidierung 2011:	-1.500.000 €
dauerhafte Budgetänderungen: 2)	1.168.000 €
<b>Summe Budgetentwicklung 2011</b>	<b>-1.489.000 €</b>

**Budgetzuschuss 2011 (ohne akt. Eigenleistungen) 136.555.000 €**

1) einschl. Soziallastenausgleich mit 1,1 Mio. €.

2) Enthalten sind insbesondere dauerhafte Sonderfaktoren, Tarifsteigerungen bei den Personalaufwendungen und Steigerungen der Sozial- und Jugendhilfe.

Aufgrund der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltskonsolidierung (GD 223/09) sinken die Fach-/Bereichsbudgets damit um rd. 1,1 %.

Im Einzelnen wurden vom Gemeinderat folgende Sonderfaktoren gewährt:

○ <b>einmalige Sonderfaktoren 2010, die 2011 entfallen</b>	<b>-2.835.000 €</b>
○ <b>einmalige / befristete Sonderfaktoren 2011</b>	
- Schachtelfahrt Gemeinderat	40.000 €
- Schwerbehindertenvertretung	24.000 €
- Umstellung des Rechnungswesens	120.000 €
- Durchführung Landtagswahl 2011	37.000 €
- Vorlaufkosten Donaufest 2012	50.000 €
- Förderung Junger Ulmer Künstler, 2-Jahres Turnus	16.000 €
- Kulturstadt an der Donau, Teil1: Berblingpreis	690.000 €
- Umzug Archiv ehem. Hochschule für Gestaltung in das historische HfG-Archiv	45.000 €

- Sonderausstellung "Gotische Planrisse in Ulm"	36.000 €	
- Landeswettbewerb " Jugend musiziert" 2011	40.000 €	
- Virtuelles Bürgerbüro Familie - laufende Betreuung, befristet auf 3 Jahre von 2009 - 2011	125.000 €	
- Projekt Starthilfe an Ulmer Hauptschulen	75.000 €	
- Projekt City-Bahnhof Ulm - Wettbewerb und Öffentlichkeitsarbeit	320.000 €	
- Planungskosten ÖPNV Magistrale Europa und Südbahn	20.000 €	
- 200 Jahre Friedrichsau	40.000 €	
		<b>1.678.000 €</b>
<b>○ Dauerhafte Sonderfaktoren 2011 ff</b>		
- Dauerhafte Grundfinanzierung Donaubüro (Verwaltungskraft)	40.000 €	
- zusätzliche Stelle im Standesamt wegen zusätzlicher Aufgaben / zusätzliche Gebühreneinnahmen	-35.000 €	
- zusätzliche Stelle wegen Verschärfung des Waffenrechts	50.000 €	
- Einnahmeausfälle bei Sperrzeitverkürzung aufgrund gesetzlicher Änderungen	50.000 €	
- Neuorganisation Lebensmittelüberwachung mit dem Ziel der Stärkung des Verbraucherschutzes	-107.000	
- Umzug Archiv ehem. Hochschule für Gestaltung in das historische HfG-Archiv (insbes. Personal- und Gebäudekosten)	119.000 €	
- Anpassung Honorare freie Mitarbeiter Musikschule	16.000 €	
- Erhöhung Personalausgaben Eingliederungshilfe	53.000 €	
- Förderung der Familienentlastenden Dienste	37.000 €	
- Flüchtlingsaufnahmegesetz, Anpassung des Bedarfs	-60.000 €	
- Schulsozialarbeit Pestalozzischule	11.000 €	
- Ausbau Kinderbetreuung	1.420.000 €	
- Betreuung an Ganztageschulen	350.000 €	
- Anpassung der Einsatzgelder Feuerwehr an die Tarifsteigerungen Beamte	10.000 €	
- Unterhalt Verkehrstechnik - Betrieb und Unterhalt von Aufzügen (Bahnhofsteg und NVZ Böfingen)	40.000 €	
- Unterhalt und Betrieb Tunnel B10 Mehraufwand Oströhre	66.000 €	
- Heizungs- und Energiemehrbedarf	430.000 €	
		<b>2.490.000 €</b>
<b>Summe Sonderfaktoren</b>		<b>1.333.000 €</b>

### Sozialhilfeaufwendungen

Insgesamt beträgt der Budgetzuschuss des Fachbereichs Bildung und Soziales in 2011 fast 87 Mio. €. Dabei ist allein der Zuschussbedarf für die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe seit dem Jahr 2000 um 16 Mio. € auf mittlerweile rd. 47 Mio. € gestiegen.

Die in den letzten Jahren dramatisch gestiegenen Belastungen aus der Entwicklung der Sozialausgaben – die von der Stadt überwiegend nicht beeinflusst werden können – bleiben. In 2011 ist mit erheblich zusätzlichen Belastungen aufgrund

- steigender Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung
- gestiegener Vergütungssätze im Pflege- und Jugendhilfebereich
- zurückgehender Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV)

zu rechnen.

Obwohl der Ansatz für Sozialhilfeausgaben gegenüber 2010 um 700 T€ erhöht wird, sind die Ansätze mit erheblichen Risiken verbunden.

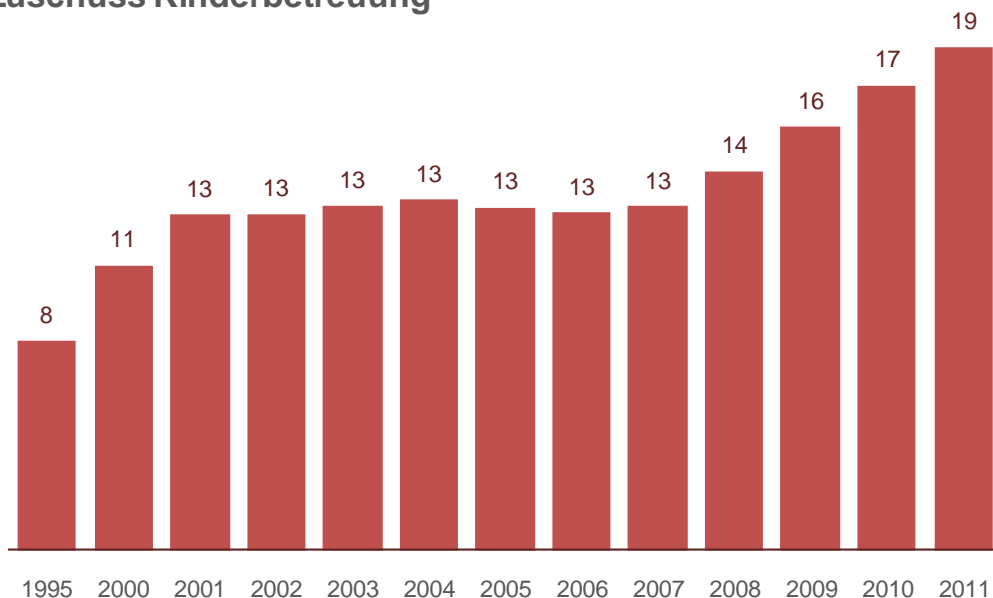
### Kinderbetreuung

Ausgehend von einem Zuschussbedarf für den Bereich Kindertagesstätten von 17 Mio. € in 2010, werden als Folge des weiteren Ausbaus bis 2013 mindestens weitere 4,7 Mio. €/Jahr zusätzlich notwendig sein. Bei diesen 4,7 Mio. € handelt es sich um das Pflichtprogramm, welches also aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder bereits gefasster kommunaler Beschlüsse umgesetzt werden muss.

Hinzu kommen ggf. rd. 1,1 Mio. € für die Erhöhung des Fachkräfteschlüssels im Betreuungsbereich für unter 3-jährige aufgrund der Erhöhung des Betreuungsschlüssels auf 2,0 bzw. 2,5 Fachkräfte/Gruppe, sowie regelmäßige Sach- und Personalkostensteigerungen. Diese Erhöhung ist derzeit noch nicht Beschlusslage wird aber in verschiedenen Gremien bereits diskutiert.

Für die politische Diskussion muss deshalb von einem Finanzbedarf von bis zu 25 Mio. € ausgegangen werden. 2007 lag der Finanzbedarf noch bei 13 Mio. €. Für 2011 wird von einer Steigerung des Zuschussbedarfs auf knapp 19 Mio. € ausgegangen.

### Zuschuss Kinderbetreuung



### Personalaufwendungen

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten (TVöD) läuft bis Februar 2012. Er beinhaltet 2 Lohnerhöhungen in 2011 für die Beschäftigten (01.01.2011 +0,6 %; 01.08.2011 +0,5 %). Darüber hinaus ist mit zusätzlichen finanziellen Belastungen aus der Erhöhung der Beamtenbesoldung sowie der Erhöhung der Umlagen an den Kommunalen Versorgungsverband zu rechnen. Insgesamt belastet dies den städtischen Haushalt 2011 mit zusätzlich 1,7 Mio. €.

Zusätzlich ergeben sich in 2011 einmalige Belastungen im Bereich der Personalaufwendungen in Höhe von ca. 420.000 €. Diese erwachsen insbesondere aufgrund von zusätzlichem Personal für die Durchführung des Zensus (204 T€) und der Landtagswahl (72 T€).

In wie weit die vom Land zugesagte Erstattung für die Aufwendungen des Zensus ausreicht um die zusätzlichen Kosten in 2011 zu decken wird sich zeigen.

Darüber hinaus haben die Fachbereiche für 2011 in erheblichen Umfang neue, dauerhafte Stellen als Sonderfaktor beantragt. Insbesondere das für den Ausbau der Kinderbetreuung notwendige neue Personal belastet den städtischen Haushalt 2011 zusätzlich mit 737 T€.

Insgesamt steigen die Personalaufwendungen gegenüber dem bereinigten Ansatz 2010 um fast 3 Mio. € auf 91,3 Mio. €.



### **Gewinnausschüttung Stadtwerke**

Das Jahresergebnis der Stadtwerke ist in den vergangenen Jahren, insbesondere auch durch die Verschlechterung der gesetzlichen branchenspezifischen Rahmenbedingungen (Netzentgeltregulierung) unter Druck geraten. Um die Ertragssituation zu stärken und von den großen Stromkonzernen und Energielieferanten unabhängiger zu werden, wird deshalb die eigene Stromproduktion ausgebaut. Hierzu sind hohe Investitionen erforderlich, weshalb die Gewinne in den vergangenen Jahren vorrangig zur Stärkung des Eigenkapitals im Unternehmen verwendet werden.

In **2009 (Ausschüttung Haushalt 2010)** konnten allerdings wieder **ca. 3,7 Mio. € an die Stadt ausgeschüttet** werden.

Auch von den Beteiligungen der Stadt wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ein ehrgeiziger Beitrag erwartet. Um das schwierige Haushaltsjahr 2011 zu meistern, wurde den Stadtwerken als Ziel vorgegeben, aus 2010 mit Wirkung für den Haushalt 2011 **eine Ausschüttung in Höhe von 6 Mio. € zu erbringen**.

### **Eingriffe Bund und Land**

Die Kommunalhaushalte werden bereits seit Jahren durch neue Gesetze von Bund und Land massiv zusätzlich belastet. Diese Belastungen haben sich bis zum Jahr 2010 auf 30 Mio. € jährlich gesteigert. Allein in den Jahren 2004 bis einschließlich 2010 fehlen dem städtischen Haushalt damit rd. 80 Mio. €.

Durch die derzeit diskutierten Sparmaßnahmen von Bund und Land zur Einhaltung der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse sind weitere erhebliche Belastungen für die kommunalen Haushalte zu erwarten, die derzeit aber noch nicht beziffert werden können. Der regelmäßig wiederkehrenden Diskussion um die Abschaffung der Gewerbesteuer und den Ersatzvorschlägen wurde wiederum von allen kommunalen Verbänden eine Absage erteilt. Sie würde einen erheblichen Eingriff in die bisherigen finanzpolitischen Grundlagen ohne erkennbaren gleichwertigen Ersatz bedeuten.

### **Steuern, Gebühren**

Der Haushalt 2011 sieht wie im Rahmen der Eckdaten 2011 beschlossen, eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B um 35 v.H. auf 430 v.H. vor. Dies bedeutet jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 1,95 Mio. €. Mit dem Hebesatz von 430 v. H. liegt Ulm noch 39 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Stadtkreise in Baden-Württemberg. Die Erhöhung der Grundsteuer wurde deshalb gewählt, da sie eine sehr sichere Steuer ist und zusätzlich durch eine hohe Verteilungsgerechtigkeit besticht.

Die zusätzlichen Erträge dienen der Finanzierung der zusätzlichen Aufwendungen im Bereich der Kinderbetreuung. In diesem Bereich ist bis 2013 von jährlichen Aufwendungen in Höhe von bis zu 25 Mio. € auszugehen. 2007 lagen diese noch bei rd. 13 Mio. €. Dies kann der städtische Haushalt ohne zusätzliche Einnahmen nicht stemmen.

Darüber hinaus hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt die Kindertagesstättengebühren neu zu strukturieren. Ziel dieser Neustrukturierung ist es zusätzliche Kindergartengebühren von bis zu 950 T€/Jahr zu erwirtschaften. Die neue Gebührenstruktur wird derzeit erarbeitet und soll nach Beschluss durch den Gemeinderat zum Kindergartenjahr 2011/2012 (September 2011) eingeführt werden. Im Haushalt 2011 wird deshalb mit zusätzlichen Gebühreneinnahmen in Höhe von 200 T€ im Kindertagesstättenbereich gerechnet.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist nicht geplant. Die übrigen Gebühren werden - im Rahmen der Leitlinien – der Kostenentwicklung angepasst. Gebührenerhöhungen sind grundsätzlich dem Gemeinderat vorzulegen.

Nachwievor bleibt der Grundsatz entsprechend der Leitlinien bestehen, nach dem Steuererhöhungen nur als letzten Mittel der Finanzierung städtischer Aufgaben in Betracht kommt und insbesondere zuvor die Nutzer von städtischen Dienstleistungen über Gebühren und Entgelte herangezogen werden.

### **Ausgleich des Ergebnishaushaltes / Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt**

Durch die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) entfällt die seit Jahrzehnten für die Beurteilung der Gesetzmäßigkeit des Haushalts so wichtige Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt.

Für die Beurteilung der Gesetzmäßigkeit des Haushalts im NKHR ist relevant, ob es gelingt die ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes einschließlich Abschreibungen und Rückstellungen durch ordentliche Erträge zu decken. Ziel dieser Regelung ist es zu gewährleisten, dass jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen durch entsprechende Erträge wieder ersetzt und damit nicht die künftigen Generationen belastet.

**Im Haushalt 2011 wird dieser Haushaltsausgleich verfehlt und der Ergebnishaushalt weist ein Defizit auf.** Dies bedeutet die ordentlichen Aufwendungen übersteigen die ordentlichen Erträge um 9,3 Mio. €. Bis 2015 gelten für die Beurteilung der Gesetzmäßigkeit des Haushalts durch die Rechtsaufsichtsbehörden Übergangsregelungen. Unter Anwendung dieser Regelungen ist der Ulmer Haushalt 2011 genehmigungsfähig. Grundsätzlich bleibt allerdings festzuhalten, dass sofern es in den nächsten Jahren nicht gelingt die Ertragskraft des Ergebnishaushaltes zu steigern, der Ulmer Haushalt ein strukturelles Problem bekommt.

Interessant ist jedoch auch die Betrachtung des Haushaltes 2011 unter alten kameralem Gesichtspunkten. Die nun veranschlagten Planansätze hätten nach kameralem Recht zu einer Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von rd. 11,3 Mio. € geführt. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführungsrate in Höhe von 10,5 Mio. € wäre damit gerade so erreicht worden. Ebenso wird das beim Eckdatenbeschluss vorgegebene finanzpolitische Mindestziel („kein Defizit im Verwaltungshaushalt“) eingehalten.

### 1.4.3 Finanzhaushalt (Investitionen, Schulden, Rücklagen)

Die städtischen Investitionen werden künftig im Finanzhaushalt (bisher Vermögenshaushalt) dargestellt. Die derzeit beschlossenen Großinvestitionen haben ein Investitionsvolumen von über 100 Mio. € bis 2013. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von kleineren Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

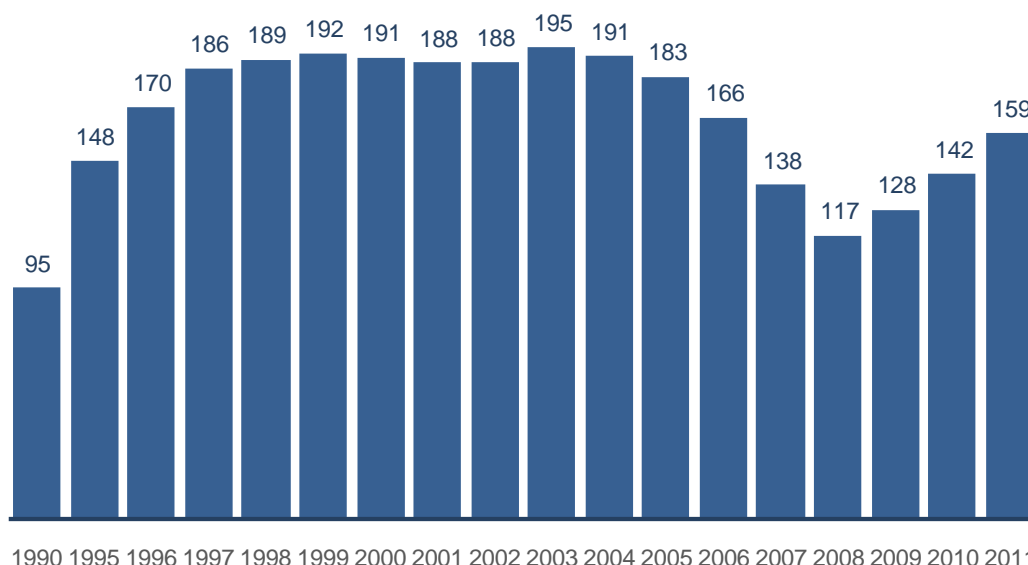
Das Investitionsvolumen im Haushalt 2011 liegt bei 63,8 Mio. € und damit trotz Haushaltskonsolidierung um nochmals fast 2 Mio. € über der beschlossenen Finanzplanung. Verantwortlich hierfür ist vor allem, dass die Rahmen des Konjunkturpaktes II zusätzlich zur Verfügung gestellten Investitionsmittel, in 2009 und 2010 langsamer abgeflossen sind als geplant und nun in 2011 „restabgewickelt“ werden müssen. Zur Begrenzung der Neuverschuldung und Unterstützung der Haushaltskonsolidierung, sollte das Investitionsvolumen in den **folgenden Jahren auf 50 Mio. €**, davon maximal **25 Mio. € Bauinvestitionen** beschränkt werden (vgl. auch Eckdatenberatung GD 281/10)

Um diese Beschränkung zu erreichen sind die Investitionen gemäß den gesamtstädtischen Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung zu überprüfen (vgl. GD 223/09).

Der Gemeinderat hat als finanzpolitisches Mindestziel beschlossen, die Nettoneuverschuldung im Finanzplanungszeitraum auf 50 Mio. € zu beschränken. In der Praxis bedeutet dies, dass der Schuldenstand im Finanzplanungszeitraum nicht über 165 Mio. € steigen soll.

In 2011 beträgt die **Nettoneuverschuldung voraussichtlich 16,7 Mio. €**. Die Verschuldung steigt damit auf 159 Mio. € und bleibt damit im Rahmen der 50 Mio. € Grenze.

**Schulden aus Krediten in Mio. €**



#### 1.4.4 Haushaltskonsolidierung / Strukturmaßnahmen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.07.2009 (GD 223/09) ein mittelfristiges Konsolidierungsziel in Höhe von 5 Mio. € im Verwaltungshaushalt festgelegt. Davon sind 4,5 Mio. € von den Fachbereichen zu erbringen, der Rest in Höhe von 0,5 Mio. € entfallen auf übergreifende Konsolidierungsvorschläge.

Der Konsolidierungsbeitrag ist in 3 gleichen Jahresraten von 1,5 Mio. € (2010 – 2012) zu erbringen. Zusätzlich waren in 2010 noch nicht erbrachte Konsolidierungsbeiträge aus den Konsolidierungsrunden 2002 und 2004 ff zu erbringen.

In 2011 wurden deshalb die Budgets um 1.500.000,- € gekürzt.

Aufteilung der Konsolidierungsbeiträge 2011 auf die Fach-/Bereiche (in T€):

Gesamt	OB	ZS	ZD	BD	KU	BuS	StBU
1.500	107	65	60	117	297	429	425

Um auch beim Eintreten von drohenden zusätzlichen Belastungen und Risiken das finanzpolitische Mindestziel ein Defizit im Verwaltungshaushalt zu vermeiden, erreichen zu können, hat der Gemeinderat im Rahmen des Eckdatenbeschlusses über das beschlossene Konsolidierungspaket 1 hinaus (vgl. oben) ein **zusätzliches „Konsolidierungspaket 2“ in einer Größenordnung von 5 Mio. € beschlossen**. Dieses Paket wird nicht auf die Abteilungsbudgets aufgeteilt, sondern wird durch fachbereichsübergreifende Maßnahmen erbracht. Um die Budgets nicht weiter zu belasten wird angestrebt, dieses Paket durch übergreifende Maßnahmen zu erbringen.

Im Haushalt 2011 wurden deshalb insbesondere der Hebesatz der Grundsteuer B erhöht (+1,95 Mio. €), die Gewinnausschüttung der Stadtwerke angehoben (+2 Mio. €) sowie die Neustrukturierung der Kindertagesstättengebühren beauftragt.

#### 1.4.5 Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm

Der Gemeinderat hat am 14. Juli 2004 (GD 280/04) ein Wachstums- und Impulsprogramm mit einem Volumen von 35 Mio. € über eine Laufzeit von 7 Jahren beschlossen. Ziele des Programms sind insbesondere Impulse für Konjunktur und Beschäftigung und Abbau des städtischen Sanierungsstaus. Am 18. Juni 2008 hat der Gemeinderat beschlossen ab 2009 im Rahmen des WIP jährlich zusätzlich 1 Mio. € für energetische Gebäudesanierung bereitzustellen.

In 2011 werden für das WIP 6 Mio. € davon 1 Mio. € für energetische Gebäudesanierung bereitgestellt werden.

#### 1.4.6 Risiken im Haushaltsplan 2011

Ob und wie schnell sich die kommunalen Haushalte von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise erholen, kann derzeit sehr schwierig abgeschätzt werden.

Risiken bestehen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Auswirkungen der beschlossenen Sparpakete von Bund und Land auf die Kommunen
- Die Entwicklung der Sozialausgaben (steigende Fallzahlen insb. im Bereich der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege)
- Ausweitung von vorhandenen, sowie neue Aufgaben (Ausbau Kinderbetreuung)
- Belastung durch neue, große Investitionsprojekte
- Die außerordentlich schwierige Prognoselage, unter der derzeit jegliche Planung nur unter Vorbehalt möglich ist.

Da im Haushalt 2011 keinerlei Reserven enthalten sind muss jede zusätzliche Belastung über neue Schulden finanziert werden.

## 2. Erläuterungen zum Haushaltsplan 2011

### 2.1 Ergebnishaushalt

#### 2.1.1 Überblick über den Ergebnishaushalt

Veranschlagtes Gesamtergebnis	-9.286.000 €
<i>Bereinigung:</i>	
- Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	3.055.000 €
- Auflösung von Beiträgen und Ertragszuschüssen	11.010.000 €
- Abschreibungen	-34.693.000 €
<b>Bereinigtes veranschlagtes Gesamtergebnis</b>	<b>11.342.000 €</b>

Bei Anwendung der bisherigen Regelungen zum Haushaltsausgleich ergäbe sich eine Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt von 11,3 Mio. €. Die Kredittilgung 2011 beläuft sich auf 10,5 Mio. €. Die gesetzliche Mindestzuführungsrate wäre damit erreicht und eine Nettoinvestitionsrate von 0,8 Mio. € erwirtschaftet worden.

Nach den Übergangsvorschriften zur Einführung des NKHR können bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2015 die bisherigen Regelungen zum Haushaltsausgleich sinngemäß angewendet werden (Art. 13, Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts). Demnach liegt für 2011 trotz des Fehlbetrags im Ergebnishaushalt ein gesetzmäßiger Haushalt vor.

Der Haushalt ist jedoch **erst dann "nachhaltig", wenn die Abschreibung** abzüglich der Eigenleistungen, Bestandsveränderungen und der Beträge und Ertragszuschüsse **durch Einnahmen gedeckt sind**. Dies ist nicht der Fall. Die praktischen Auswirkungen sind seit Jahren und dies zunehmend erkennbar. Der seit Jahren erkannte **Sanierungsstau in der vorhandenen Infrastruktur** wie Schulgebäuden und Straßen ist die **Konsequenz aus den tatsächlichen Defiziten**, die nun durch das Neue Haushaltsrecht transparent gemacht werden.

Nachfolgend werden die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten erläutert. Da sich die einzelnen Ertrags-/Aufwandsgruppen i.d.R. nicht mit den Gruppen im kameralen Haushaltsplan vergleichen lassen, ist eine Gegenüberstellung zu den Vorjahreswerten nur eingeschränkt möglich.

#### 2.1.2 Erläuterung der einzelnen Ertragsarten

##### a) Überblick

Ertragsarten	T€
1 Steuern und ähnliche Abgaben	153.120
2 Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	86.019
3 Sonstige Transfererträge	4.930
4 Gebühren und ähnliche Abgaben	24.490
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.242
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.409
7 Finanzerträge	10.169
8 Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	3.055
9 Sonstige ordentliche Erträge	20.533
10 Ordentliche Erträge	326.967

b) Steuern und ähnliche Abgaben

Bei der **Grundsteuer B** ist in 2011 eine Mehreinnahme von 1.950 T€ aufgrund der vorgesehenen Erhöhung des Hebesatzes von 395 v.H. auf 430 v.H. veranschlagt. Die Mehreinnahmen dienen der Finanzierung der Belastungen aus der Kinderbetreuung.

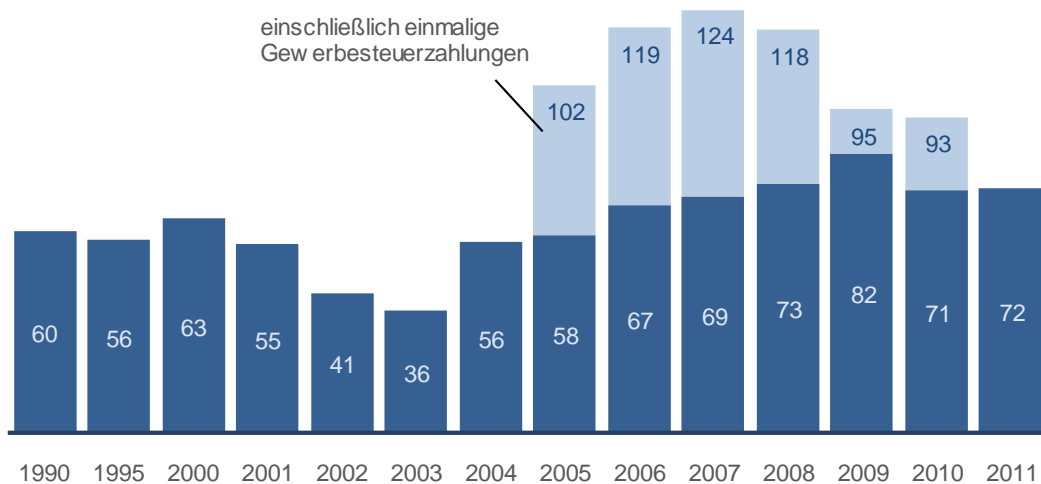
Grundsteuer B:

Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2010	469 v.H.
Hebesatz in Ulm 2011	430 v.H.

2005 bis 2010 enthält die Gewerbesteuer erhebliche einmalige Zahlungen einzelner Gewerbesteuerzahler. Für 2011 wird davon ausgegangen, dass das Niveau der regelmäßigen Gewerbesteuerereinnahmen gehalten werden kann. Damit geht die Planung von einem **weiterhin höchsten Niveau der laufenden Gewerbesteuerereinnahmen** aus.

Das Gewerbesteueraufkommen hat sich wie folgt entwickelt:

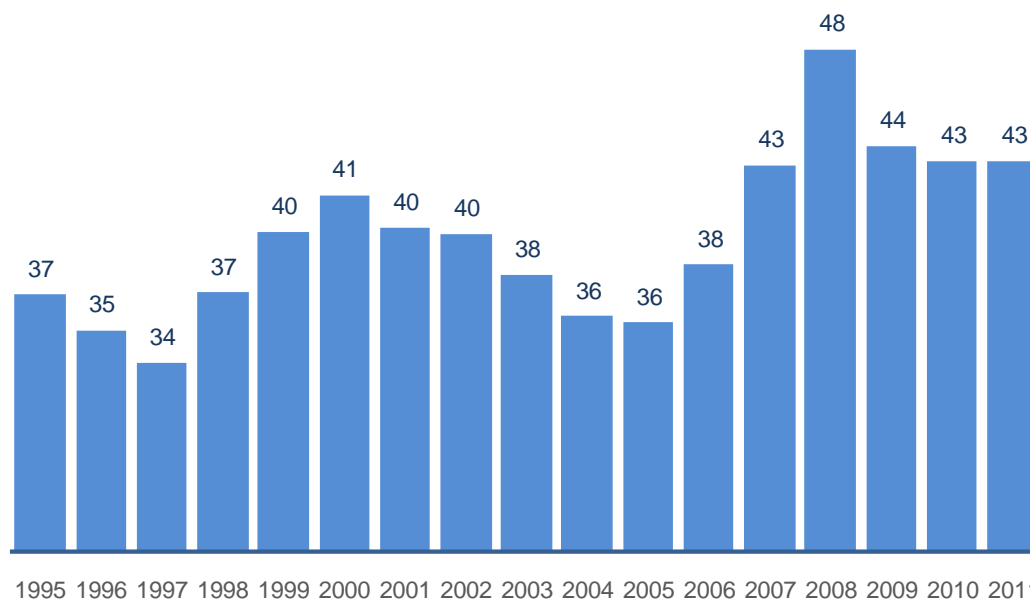
**Entwicklung Gewerbesteueraufkommen in Mio. €  
(1990 und 1995 einschl. Gewerbekapitalsteuer)**



Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2010	394 v.H.
Hebesatz in Ulm 2011 (seit 1994)	360 v.H.

Die Gemeinden erhalten 15 v.H. der in Baden-Württemberg erzielten Lohn- und **Einkommensteuer** und 12 v.H. vom Zinsabschlag. Der Gemeindeanteil wird aufgrund von Schlüsselzahlen, die alle 3 Jahre neu festgelegt werden, auf die Gemeinden verteilt. Seit 01.01.2009 beträgt die Schlüsselzahl für die Stadt Ulm 0,0109659. Der Einkommensteueranteil entwickelt sich wie folgt:

## Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Mio. €



Als Ersatz für die zum 01.01.1998 abgeschaffte Gewerbesteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v.H. aus der **Umsatzsteuer**, der nach einem festen Verteilungsschlüssel auf die Gemeinden verteilt wird. 2011 wird auf Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2010 für die Gemeinden Baden-Württembergs von einem Umsatzsteueraufkommen mit rd. 500 Mio. € ausgegangen (Haushaltserlass des Landes vom 09.06.2010).

Die Einnahmen aus **sonstigen Steuern** setzen sich aus der Vergnügungssteuer (1.000 T€) und der Hundesteuer (270 T€) zusammen.

Die Leistungen nach dem **Familienleistungsausgleich** betragen in Baden-Württemberg für 2011 voraussichtlich 422 Mio. €. Der Betrag wird nach der für die Aufteilung des Einkommensteueranteils maßgeblichen Schlüsselzahl verteilt.

### c) Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)

Art der Zuwendung	T€
Schlüsselzuweisungen	31.800
für die Wahrnehmung von Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde	2.250
Zuweisung vom Land aus der Grunderwerbsteuer	5.000
Laufende Zuweisungen vom Land	30.659
Laufende Zuweisungen vom Bund, von Gemeinden/Gemeindeverbänden und sonstigen	340
Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz IV)	4.960
Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen	11.010
<b>Summe</b>	<b>86.019</b>

Die **Schlüsselzuweisungen** (mangelnde Steuerkraft, Stadt als Stadtkreis, kommunale Investitionspauschale), die Zuweisungen für die **Wahrnehmung der Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde**, sowie die **Zuweisung aus der Grunderwerbsteuer** wurden auf Grundlage des Haushaltserlasses des Landes vom 09.06.2010 veranschlagt.

Die **laufenden Zuweisungen vom Land** setzen sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2009 T€	2011 zu 2010 v.H.	2010 zu 2009 v.H.
	2011 T€	2010 T€			
Sachkostenbeiträge Schulen	12.076	12.076	12.076	0,0	0,0
Zuweisungen Kinderbetreuung	7.384	6.260	5.612	18,0	11,5
Theater	4.249	4.224	4.224	0,6	0,0
Schülerbeförderung	2.380	2.380	2.383	0,0	-0,1
Soziallastenausgleich	1.500	1.100	1.510	36,4	-27,2
Unterhaltung der Straßen	794	705	732	12,6	-3,7
Altlastensanierung	525	525	253	0,0	107,5
Sonstige Zuweisungen	1.751	1.752	1.905	-0,1	-8,0
<b>Gesamt</b>	<b>30.659</b>	<b>29.022</b>	<b>28.695</b>	<b>5,6</b>	<b>1,1</b>

Bei den **sonstigen Zuweisungen** des Landes sind insbesondere Zuweisungen für den ÖPNV, für die Eingliederung von Sonderbehörden, sowie für verschiedene Projekte berücksichtigt.

Bei der Abschreibung von Vermögensgegenständen darf nur der um erhaltene Zuschüsse gekürzte Betrag zugrunde gelegt werden. Die Stadt wendet dazu die sog. Bruttomethode an, d.h. die gesamten Anschaffungs-/Herstellungskosten fließen in die Abschreibung des Anlageguts ein (= Aufwand), im Gegenzug werden die erhaltenen Zuschüsse jährlich in Höhe des Abschreibungssatzes aufgelöst und als Ertrag bei der Position **Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen** verbucht.

d) Sonstige Transfererträge

Die **sonstigen Transfererträge** enthalten Ersatzleistungen und Kostenbeiträge im Rahmen der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe. Dazu wird auf Ziff. 2.1.3 f) verwiesen.

e) Gebühren und ähnliche Abgaben

Die **Gebühren** sind entsprechend den Grundsätzen des § 78 Abs. 2 Nr. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit §§ 11 und 14 Kommunalabgabengesetz der Kostenentwicklung anzupassen. Entsprechend den Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung sind die Gebührenhaushalte daraufhin jährlich zu überprüfen. Nähere Informationen zu den einzelnen Gebührenhaushalten sind in den Vorberichten der Fach-/Bereiche enthalten.

f) Privatrechtliche Leistungsentgelte

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** sind insbesondere Mieten (2.867 T€), Pachten (1.946 T€), Nutzungsentgelte (1.100 T€), Verkaufserlöse (7.484 T€) und Ersätze (1.903 T€) enthalten. Die Verkaufserlöse beinhalten insbesondere die Leistungsentgelte des Baubetriebshofs mit 6.144 T€.

g) Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Aus dem Bereich der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe sind bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** Erträge von 2.280 T€ enthalten. Die Erstattungen vom Land (1.545 T€) enthalten im Wesentlichen Erstattungen im Rahmen der Verwaltungsreform des Landes (908 T€), sowie in 2011 eine Erstattung mit 272 T€ für die Durchführung des Zensus in 2011. Bei den Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (2.266 T€) sind überwiegend Erträge aus Erstattungen für Betriebskitas (650 T€) für Schulen von den Mitträgern (693 T€), für Eislaufanlage, Donauerlebnisbad und Donaufreibad (329 T€), sowie die Schülerbeförderung (265 T€) enthalten.

h) Finanzerträge

Bei den Finanzerträgen sind Zinserträge mit 4.169 T€, sowie eine Gewinnausschüttung der SWU mit 6.000 T€ enthalten. Die Gewinnausschüttung steigt gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. €.

i) Aktivierte Eigenleistungen

Aufwendungen, die zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt werden, sind auf die jeweilige Investitionsmaßnahme zu verrechnen. Für 2011 wurden aktivierte Eigenleistungen bei den Abteilungen Liegenschaften und Wirtschaftsförderung, Zentrale Steuerung/Team IT und Gebäudemanagement veranschlagt. Die konzeptionellen Grundlagen für die Aktivierung von Eigenleistungen sind noch nicht vollständig, insbesondere sind noch die Höhe der Akt. Eigenleistung von LI zu überprüfen und Regelungen für die Akt. Eigenleistungen von VGV zu erarbeiten.

j) Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge setzten sich im Wesentlichen aus Konzessionsabgaben, Bußgeldern, Säumniszuschläge und Mahngebühren zusammen. 2011 ist außerdem die Auflösung der Rückstellung zum Ausgleich der Belastungen im Finanzausgleich enthalten, die aufgrund der einmaligen Gewerbesteuerzahlungen 2009 gebildet wurde.

2.1.3 Erläuterung der einzelnen Aufwandsarten

a) Überblick

Aufwandsarten	T€
11 Personalaufwendungen	-91.278
12 Versorgungsaufwendungen	-50
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-51.721
14 Planmäßige Abschreibungen	-34.693
15 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5313
16 Transferaufwendungen	-140.695
17 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-12.504
18 Ordentliche Aufwendungen	-336.253

b) Personal- und Versorgungsaufwendungen

Entwicklung der Personalstellen:

Für folgende Stellen sind Personalaufwendungen veranschlagt:

	2010	Zugang	Abgang	Saldo	2011
Beamte	385,16	1,50	2,00	-0,50	384,66
Beschäftigte	1.408,43	27,02	16,80	10,22	1.418,65
Summe	1.793,59	28,52	18,80	9,72	1.803,31

(ohne Leerstellen)

Die Stellenzahl erhöht sich per Saldo um 9,72 Stellen.



#### Stelleneuschaffungen ergeben sich

• im Bereich Oberbürgermeister	
- Stellenanteil Schwerbehindertenvertretung	+0,30
- Sachbearbeitung Europe Direct Info-Zentrum	+1,00
• im Bereich Bürgerdienste	
- Sachbearbeiter/in Waffenrecht	+1,00
- Sachbearbeiter/in Standesamt (Reform Personenstandsrecht)	+1,00
- Zensus	+1,00
- Lebensmittelüberwachung	+0,50
• im Fachbereich Kultur	
- Verwaltungskraft MU – HfG-Archiv	+0,50
- 2 Aufsichten Dauerausstellung Design-Geschichte	+1,24
- Sachbearbeitung Kulturförderung	+0,50
- Musikschullehrer/in für Kindertagesstätten	+0,50
• im Fachbereich Bildung und Soziales	
- Sozialpädagoge/in Fallmanagement Eingliederungshilfe	+1,00
- Sozialpädagoge/in Geschäftsstellenleitung GPV	+0,50
- Sozialpädagoge/in Pflegestützpunkt	+1,00
- ESF-Projekt „Jugend stärken in Ulm“, Koordinierungsstelle und Aquse von Betrieben	+1,00
- KITA, Erzieherhinnenstellen	+2,00
- KITA Projekt „KibU – Kinderbetreuung in Ulm“	+12,48
- Projekt Bildungsbüro	+1,00
• im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	
- Rückübertragung Betreuung Schwachstromanlagen von der SWU	+2,00

#### Stellenstreichungen ergeben sich

• im Bereich Oberbürgermeister	-2,00
• im Bereich Zentrale Steuerung	-5,00
• im Bereich Zentrale Dienste	-2,30
• im Bereich Bürgerdienste	-1,00
• im Fachbereich Bildung und Soziales	-3,50
• im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	-5,00

3,5 Beschäftigtenstellen werden in Beamtenstellen umgewandelt. Dies wird bei den entsprechenden Mitarbeitergruppen als Zu- bzw. als Abgang ausgewiesen.

#### Entwicklung der Personalaufwendungen

Die tariflichen Änderungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für 2011 stehen fest. Zum 01.01.2011 erfolgt eine Tarifierhöhung um 0,6 v.H. und zum 01.08.2011 eine weitere Erhöhung um 0,5 v.H. Dieser Tarifabschluss wurde auch für die im künstlerischen Bereich des Theaters beschäftigten Mitarbeiter/innen übernommen. Es ist außerdem davon auszugehen, dass dieser Abschluss analog auf die Beamtenbesoldung angewendet wird.

Die tarifliche Steigerung der Personalaufwendungen setzt sich damit wie folgt zusammen:

• Lohnsteigerung TVöD / Theater	1.294.000 €
• Erhöhung Beamtenbesoldung	300.000 €
• Umlageerhöhung KVBW	106.000 €
Summe	<u>1.700.000 €</u>

Die Personalaufwendungen entwickeln sich in 2011 damit wie folgt:

<b>Planansatz 2010 (Nachtrag)</b>	<b>89.331.900</b>
• Tarif-, Besoldungs- und Umlageerhöhung	1.700.000
• Konsolidierung 2011	-109.900
• Sonderfaktoren 2011	
- Wenigeraufwand wegfallende Sonderfaktoren Vorjahre	-341.000
- Neue einmalige Sonderfaktoren	418.800
- Neue laufende Sonderfaktoren	977.000
• Sonstige Mehraufwendungen, insbes. aufgrund von Umschichtungen	390.700
• Umschichtung sonst. Personal- und Versorgungsaufwendungen zum Sachaufwand	-384.000 1)
• Umschichtung ehrenamtliche Entschädigungen zum Sachaufwand	-655.500 1)
<b>Planansatz 2011 (Zeilen 11 und 12 des Gesamtergebnishaushalts)</b>	<b><u>91.328.000</u></b>

1) Nach dem Kontenplan des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens sind die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen und die ehrenamtlichen Entschädigungen nicht mehr beim Personalaufwand, sondern beim Sachaufwand in Zeile 17 – Sonstige ordentliche Aufwendungen auszuweisen.

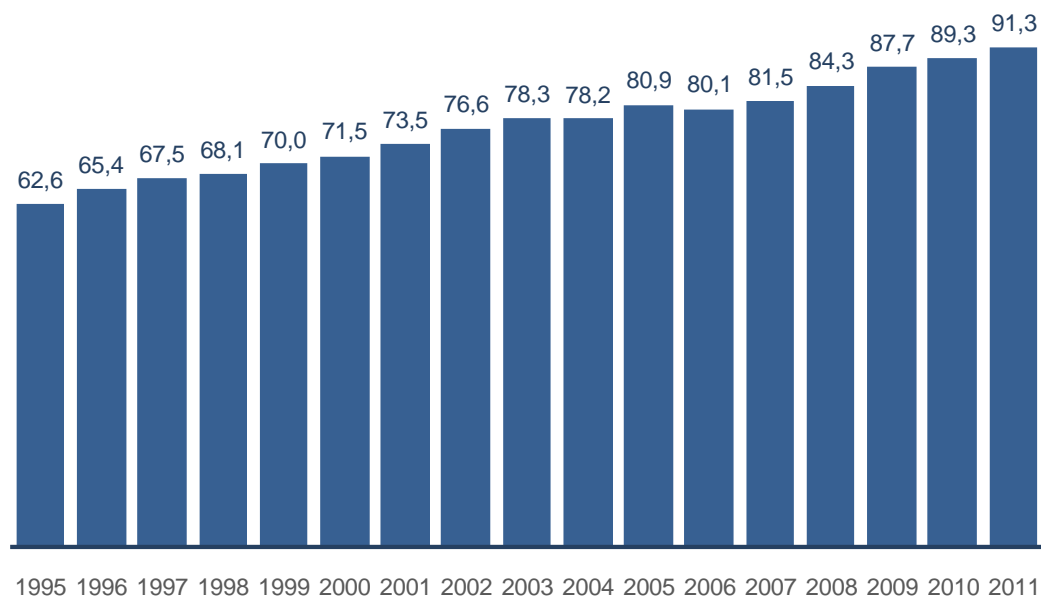
Für Dienstaufwandsentschädigungen sind im Planansatz insgesamt 75.000 € enthalten.

#### Konsolidierung

Die Personalaufwendungen wurden im Rahmen der Konsolidierung bzw. der Strukturmaßnahmen seit 2002 wie folgt reduziert:

2002 – 2009	-4.931.000
2010	-597.700
2011	-109.900
Summe	<u>5.638.600</u>

## Personalausgaben in Mio. €



In 2011 wurden sonst. Personal- und Versorgungsaufwendungen, sowie ehrenamtliche Entschädigungen in Höhe von 1.040 T€ zum Sachaufwand umgeschichtet.

### c) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Wesentlichen sind hier Unterhaltungsaufwendungen, gebäudebezogener Aufwand, fachspezifische Betriebsausgaben (z.B. Bundesdruckerei Pässe, verlässliche Grundschule, usw.), Aufwand für Straßentwässerung, Lehr- und Lernmittel, sowie für Honorare (insbesondere Musikschule und Prüfstatik) enthalten.

Bei den Unterhaltungsmaßnahmen sind im Rahmen des Wachstums- und Impulsprogramms folgende zusätzlichen Mittel veranschlagt:

	2011 In T€	2010 In T€	2009 In T€
Unterhaltung	4.200	3.430	3.400
Energetische Sanierung	1.000	1.000	1.000
Gesamt	5.200	4.430	4.400

### d) Planmäßige Abschreibungen

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens oder durch wirtschaftliche Wertminderung entsteht, wird über die Abschreibungen erfasst. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung war noch nicht das gesamte Vermögen der Stadt bewertet, insbesondere betrifft dies Straßen, Wege und Plätze, öffentliche Grünflächen und Grünanlagen, sowie Spiel- und Sportplätze. Im Haushaltsplan 2011 wurden die Abschreibungen deshalb zum Teil geschätzt. Die Bewertung wird derzeit für die Erstellung der Eröffnungsbilanz erarbeitet.

### e) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand erhöht sich gegenüber 2010 um 400 T€ auf 5.300 T€.

f) Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Zuweisungen und Zuschüsse	-30.901
Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe	-58.833
Allgemeine Umlagen	-50.950
Sonstiges	-11
<b>Gesamt</b>	<b>-140.695</b>

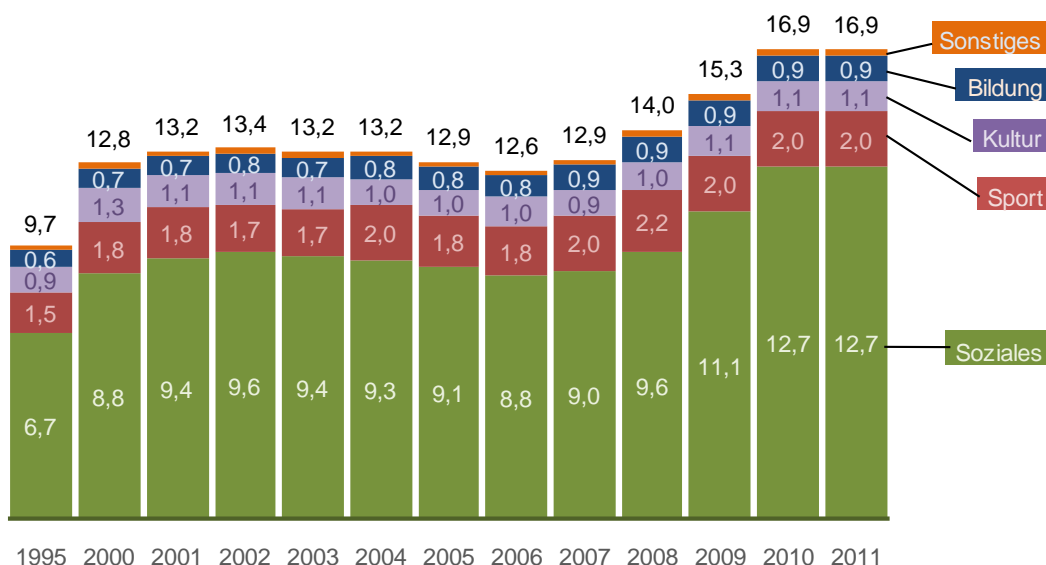
Zuweisungen und Zuschüsse

	Haushaltsplan		Ergebnis 2009 T€	2011 zu 2010 v.H.	2010 zu 2009 v.H.
	2011 T€	2010 T€			
Zuschussliste (Anlage 4 zum HHPI)	16.936	16.940	15.330	0,0	10,5
Landeszuschuss für Kinderbetreuung	4.606	4.042	3.530	14,0	14,5
Zuschuss EBU Stadtreinigung	3.016	3.274	3.078	-7,9	6,4
Zuschuss ÖPNV	2.449	2.449	2.450	0,0	0,0
Betreiberzusch. Donauerlebnisbad, Eislaufanlage, Donaureisbad	1.376	2.540	3.573	-45,8	-28,9
Schülerbeförderung	853	853	865	0,0	-1,4
Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH	576	576	549	0,0	4,9
Zuschuss EBU Wasserläufe/Wasserbau	179	179	183	0,0	-2,2
Donaubüro	165	<sup>1)</sup> -	<sup>1)</sup> -	-	-
Stadtentwicklungsverband	125	125	120	0,0	4,2
ZV Tierkörperbeseitigung Warthausen	100	100	88	0,0	13,6
Nachbarschaftsverband Ulm	95	95	68	0,0	39,7
Umlage Regionalverband	75	75	85	0,0	-11,8
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	349	103	103	238,8	0,0
<b>Summe</b>	<b>30.901</b>	<b>31.351</b>	<b>30.022</b>	<b>-1,4</b>	<b>4,4</b>

1) Die Einlage beim Donaubüro wurde in 2010 und 2009 nicht als Zuschuss, sondern als sonstige Betriebs- und Geschäftsausgabe geführt (2010 = 205 T€, 2009 = 198 T€).

Den Schwerpunkt der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bilden die freiwilligen Zuwendungen an Sportvereine, kulturelle Vereinigungen, Vereine und Organisationen, die auf sozialen und gesundheitlichen Gebieten arbeiten, sowie Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten. Diese Ausgaben sind in der sog. „Zuschussliste“ (Anlage 4 zum Haushaltsplan) einzeln aufgelistet.

## Zuschüsse der Stadt Ulm Zuschussliste ohne Investitionszuschüsse in Mio. €



Die Entwicklung der Zuschussliste ist durch die Entwicklung der Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen geprägt. Diese haben sich (ohne kommunalisierten Landeszuschuss) wie folgt entwickelt:

	Haushaltsplan		Ergebnis	
	2011 T€	2010 T€	2009 T€	2008 T€
- Betriebskostenzuschuss an freie Träger	8.415	7.439	6.658	6.040
- Zuschuss für Betriebskindertageseinrichtungen	1.422	1.230	783	200
- Zuschuss an Tagesmütterverein	100	100	84	83
- Erhöhter Bedarf Aufsichtspflicht	50	150	0	0
- Übernahme Essensgeld	40	0	0	0
- Ausbau Kinderbetreuung	0	1.000	580	415
<b>Summe</b>	<b>10.027</b>	<b>9.919</b>	<b>8.104</b>	<b>6.738</b>

Der **Landeszuschuss für Kinderbetreuung** ist ein durchlaufender Posten, dem eine entsprechende Einnahme aus Landeszuweisungen gegenübersteht.

Seit 2007 sind im **Zuschuss an EBU für die Stadtreinigung** 150 T€ für Qualitätsverbesserungen enthalten. Zusätzlich wurde der Zuschuss zur Verbesserung der Straßenreinigung seit 2008 um jährlich 150 T€ erhöht. In 2009 und 2010 sind Mehraufwendungen für den Winterdienst enthalten.

Der **Betreiberzuschuss für Donauerlebnisbad, Eislaufanlage und Donaureisbad** ist ab 2011 entsprechend der Vereinbarung mit der neuen Betreibergesellschaft veranschlagt.

### Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe

Die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe schlägt sich neben den Transferaufwendungen auch in anderen Ertrags- und Aufwendungsgruppen nieder. Insgesamt entwickelt sich die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe wie folgt:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2009 T€	2011 zu 2010 v.H.	2010 zu 2009 v.H.	
	2011 T€	2010 T€				
3110-620	Soziale Hilfen	28.320	28.010	27.475	1,1	1,9
3120-630	Grundsicherung für Arbeit- suchende	9.750	9.525	8.573	2,4	11,1
3630- 640, 3650-640	Hilfen zur Erziehung, Ju- gendhilfe	7.898	7.700	7.371	2,6	4,5
	Sonstige Hilfearten	1.015	1.020	796	-0,5	28,1
	Summe	46.983	46.255	44.215	1,6	4,6

Seit 2009 ist der Zuschussbedarf um rd. 2,8 Mio. € gestiegen (+6,3%). Bezogen auf das Jahr 2000 beträgt der Anstieg rd. 15,7 Mio. € bzw. 50%.

Im Bereich **Soziale Hilfen** (Alten- und Behindertenhilfe, inkl. Grundsicherung), Produktgruppe 3110-620, ergibt sich insbesondere aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei der Eingliederungshilfe sowie der Entgelterhöhung der freien Träger eine erhebliche Belastung des Haushalts. Das Jahresergebnis 2009 lag bereits um rd. 2,5 Mio. € über dem Ergebnis 2008. Dieser Trend setzt sich fort. Für 2011 wird gegenüber dem Ergebnis 2009 eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um rd. 0,8 Mio. € auf insgesamt 28,3 Mio. € prognostiziert.

Um die Herausforderungen meistern zu können wird derzeit das Projekt "Sozialraumorientierung in der Alten- und Behindertenhilfe" durchgeführt. Leitgedanken sind dabei Sozialraumorientierung, Ambulantisierung, Personenzentrierter Ansatz, Normalisierung, uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Versorgungsverantwortung für Ulmer.

Nach der erfolgreichen Erprobung eines Kontrakts zur Verankerung des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe wurde dieser ausgeweitet und zunächst für die Jahre 2010 bis 2013 verlängert.

Im Bereich der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (SGB II), Produktgruppe 3120-630, lag der Zuschussbedarf im Jahr 2009 um rd. 1 Mio. € über dem Ergebnis 2008. Für 2011 wird aufgrund der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Fallzahlensteigerung eine weitere Erhöhung des Zuschussbedarfs erwartet. Gegenüber dem Jahresergebnis 2009 ergibt sich damit eine erwartete Steigerung um fast 1,2 Mio. € auf insgesamt 9,75 Mio. € Zuschussbedarf.

Zum 01.01.2012 muss eine Neuorganisation erfolgen. Diese hat jedoch keine (direkten) Auswirkungen auf den Bereich der Transferleistungen.

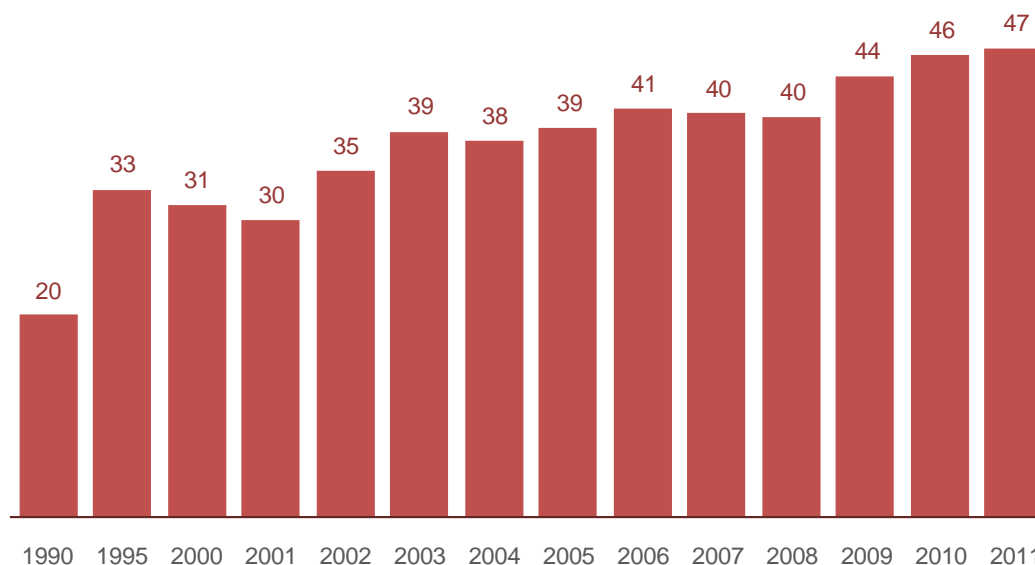
Im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** (HzE, wirtschaftliche Jugendhilfe), Produktgruppe 3630-640 wurde im Jahr 2007 die gemeinsame Budgetverantwortung mit den Freien Trägern auf alle Sozialräume ausgeweitet und ein verbindliches Regelwerk geschaffen (vgl. FBA 06.12.06 bzw. 04.07.07). Da sich dieses Regelwerk grundsätzlich bewährt hat, wurde es weiterentwickelt und für die Jahre 2010 bis 2012 verlängert. Aufgrund der Entgelterhöhung der freien Träger sowie erwarteter Fallzahlensteigerungen wurde der Ausgabeansatz 2010 angepasst. Da die Entgelterhöhungen z.T. erst verzögert umgesetzt werden, konnte dieser im Nachtrag 2010 um 200.000 € reduziert werden, für 2011 wird jedoch der erhöhte Planansatz beibehalten. Dieser liegt mit insgesamt 8,3 Mio. € um rd. 600.000 € über dem Rechnungsergebnis 2009.

Im Jahr 2010 wird der **Planansatz der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe** insbesondere aufgrund der Fallzahlen- und Kostensteigerung im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) voraussichtlich um rd. 1,3 Mio. € überschritten, im Nachtrag 2010 erfolgte eine entsprechende Anpassung.

Für das Jahr 2011 sind weitere Risiken durch Fallzahlen- und Kostensteigerungen im Bereich der Leistungen nach SGB XII, der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) sowie der Hilfen zur Erziehung gegeben. Der Ansatz 2011 wird deshalb gegenüber dem Nachtrag 2010 nochmals um 0,7 Mio. € erhöht. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2009 ergibt sich damit eine Steigerung des Zuschussbedarfs um rd.

2,8 Mio. € auf nunmehr fast 47 Mio. €. Gegebenenfalls muss während des Planvollzugs 2011 nachgesteuert werden.

### Sozial- und Jugendhilfeleistungen in Mio. €



#### Allgemeine Umlagen

Die in den Transferaufwendungen enthaltenen Allgemeinen Umlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan 2011 T€	Haushaltsplan 2010 T€	Ergebnis 2009 T€	2011 zu 2010 v.H.	2010 zu 2009 v.H.
Gewerbsteuerumlage	14.200	18.300	17.533	-22,4	4,4
Finanzausgleichsumlage	36.100	41.800	40.701	-13,6	2,7
Umlage KVJS (früher LWV)	450	520	426	-13,5	22,1
Status-Quo-Ausgleich LWV	200	500	564	-60,0	-11,3
<b>Summe</b>	<b>50.950</b>	<b>61.120</b>	<b>59.224</b>	<b>-16,6</b>	<b>3,2</b>

Die **Gewerbsteuerumlage** für 2011 beträgt voraussichtlich 70 v.H. der Bemessungsgrundlage (2010: 71 v.H., 2009: 67 v.H.). Die Änderung des Umlagesatzes in den vergangenen Jahren sollte die Wirkungen der Unternehmenssteuerreform ausgleichen. Die niedrigere Gewerbsteuerumlage 2011 resultiert im Wesentlichen aus einem reduzierten Gewerbesteueraufkommen. In den beiden Vorjahren wirkten sich jeweils insbesondere einmalige Gewerbesteuerzahlungen aus.

Die Höhe der **Finanzausgleichsumlage** hängt wesentlich von den Gewerbesteuereinnahmen des zweitvorangegangenen Jahres ab. Bedingt durch die einmaligen Gewerbesteuerzahlungen in den Vorjahren bewegt sich die FAG-Umlage nach wie vor insgesamt auf einem erhöhten Niveau. Der Rückgang der Umlage in 2011 ist insbesondere auf die gegenüber den Vorjahren geringeren Gewerbesteuereinnahmen 2009 begründet.

#### g) Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen enthalten insbesondere die allgemeinen Geschäftsausgaben, die Beförderungskosten für behinderte Schüler, steuerliche Aufwendungen, sowie die pauschalen Ansätze für die Deckungsreserve und Globalen Minderaufwand.

#### 2.1.4 Fach-/Bereichshaushalte

Den einzelnen Budgethaushalten wird jeweils ein eigener Vorbericht vorangestellt. Hierin werden die Konsolidierungs- und Strukturmaßnahmen, die Entwicklung der Eckdaten (mit den wesentlichen Änderungen zum Vorjahr), sowie die Entwicklung der Personalaufwendungen und der Gebührenhaushalte dargestellt. In den Vorberichten der Fachbereiche Kultur, Bildung und Soziales und Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sind außerdem die wesentlichen Ziele und Leistungen des jeweiligen Fachbereichs dargestellt. Desweiteren werden beim Bereich „Zentrale Dienste“ die Inneren Verrechnungen, beim Fachbereich „Bildung und Soziales“ die vorabdotierte Sozialhilfe und beim Fachbereich „Stadtentwicklung, Bau und Umwelt“ das Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm erläutert.

Auf die Fach-/Bereichsvorberichte wird an dieser Stelle verwiesen.

## 2.2 Finanzhaushalt

### 2.2.1 Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushalts

Im Ergebnishaushalt sind nicht alle Erträge und Aufwendungen zahlungswirksam. Deshalb weicht der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts vom veranschlagten ordentlichen Ergebnis ab. Der Zahlungsmittelüberschuss 2011 leitet sich wie folgt her:

	T€	T€
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis		-9.286
Abzüglich enthaltene nicht zahlungswirksame Positionen		
- Erträge aus aktivierter Eigenleistung	3.055	
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	7.700	
- Aufwendungen für Abschreibungen (netto)	-23.683	
nicht zahlungswirksames Ergebnis		-12.928
<b>Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>3.642</b>

### 2.2.2 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	T€
4 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	8.377
5 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	2.900
6 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	17.005
7 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	4.599
<b>9 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>32.881</b>

Die Einzahlungen aus **Investitionszuwendungen** setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Zweck	T€
Schulen	3.556
Stadtsanierung	2.040
Gemeindestraßen	1.700
Feuerwehr	1.016
Sonstige	65
<b>Summe</b>	<b>8.377</b>



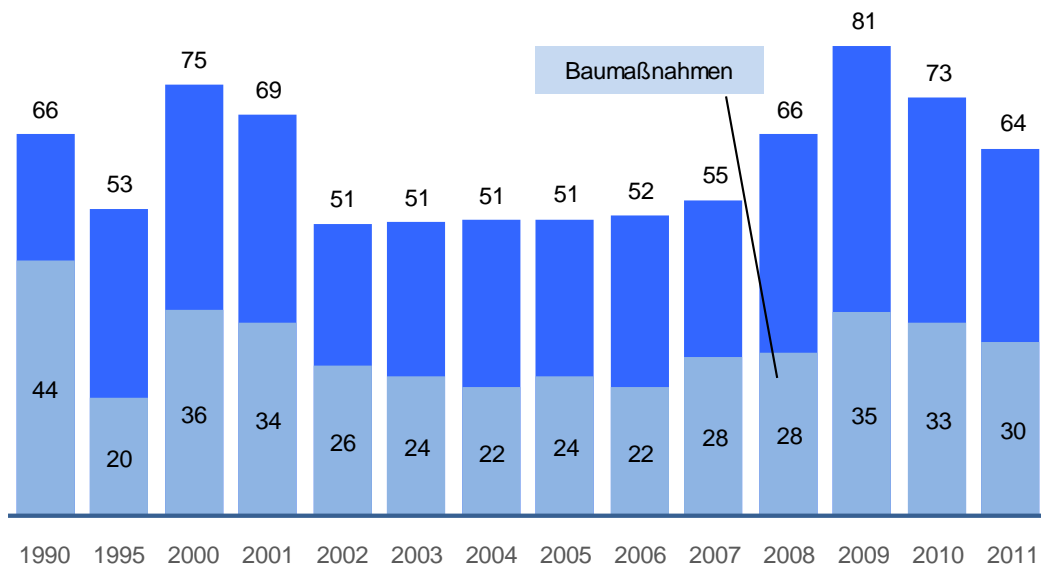
Die Einzahlungen aus der **Veräußerung von Sachvermögen** enthalten überwiegend die Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen mit 17 Mio. € (Grundstückstopf). In 2011 ist beim Grundstückstopf – ohne Berücksichtigung der Aktivierten Eigenleistungen – ein Überschuss von 970 T€ veranschlagt.

In den Einzahlungen aus der **Veräußerung von Finanzvermögen** ist in 2011 der Rückfluss von Kapitaleinlagen der Parkbetriebgesellschaft mit 1 Mio. € veranschlagt. Daneben sind Darlehensrückflüsse mit 3,6 Mio. €, insbesondere von EBU, UWS und PBG enthalten.

### 2.2.3 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Auszahlungsarten	T€
10 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-16.030
11 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-30.245
12 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-4.103
13 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-7.930
14 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-5.453
<b>16 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-63.761</b>

#### Investitionen in Mio. €



Beim **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** sind in 2011 ausschließlich Auszahlungen des „Städtischen Grundstückstopfs“ mit 16 Mio. € veranschlagt. Diesen stehen Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken mit 17 Mio. € gegenüber. Der „Städtische Grundstückstopf“ weist in 2011 damit einen Überschuss von 970 T€ aus.

Die **Baumaßnahmen** verteilen sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt:

<b>Hochbaumaßnahmen</b>		Betrag T€
Bereich Oberbürgermeister		465
Bereich Bürgerdienste		50
Fachbereich Kultur – Sanierung Ulmer Theater		4.000
Fachbereich Bildung und Soziales		10.961
davon Schulen	6.176	
Sanierung Donauerlebnisbad	3.055	
Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt		1.950
Summe Hochbaumaßnahmen		17.426
<b>Tiefbaumaßnahmen</b>		Betrag T€
Bahnhofsbrücke		2.485
Verlegung Kleine Blau (Citybahnhof)		1.000
Kreisverkehrsplatz L1165 - alte B10,Lehr		963
Sanierung Bauwerke 1 Nordtangente		600
Sonstige Maßnahmen für Straßen, Wege, Plätze		3.120
Erschließungsmaßnahmen		1.950
Sonstiges		95
Summe Tiefbaumaßnahmen		10.213
<b>Sonstige Anlagen</b>		Betrag T€
EDV		508
Erneuerung Straßenbeleuchtung		500
Grünanlagen, Spielplätze		478
Erschließungsmaßnahmen		400
ÖPNV, Modernisierung von Haltestellen		200
Straßen, Parkplätze		100
sonstiges		420
Summe Sonstige Anlagen		2.606

In den Auszahlungen für den **Erwerb beweglichen Vermögens** sind insbesondere der Schuletat (1.281 T€), EDV-Projekte einschl. Geodatenmanagement (788 T€), sowie Fahrzeugbeschaffungen bei der Feuerwehr (650 T€) veranschlagt.

Die Auszahlungen für den **Erwerb von Finanzvermögen** beinhalten die Einlage für den Bau der Multifunktionshalle (7.000 T€), eine Kapitaleinlage für den weiteren Ausbau der Straßenbahn (750 T€) und eine Einlage für den Umbau der Haltestelle an der Neutorstraße/Theater (180 T€).

Bei den **Investitionsförderungsmaßnahmen** sind insbesondere die Auszahlungen für Stadtsanierung mit 3.987 T€, Sportförderung mit 700 T€, sowie für den Ersatzneubau St. Anna Stift mit 371 T€ veranschlagt.

## 2.2.4 Finanzierungstätigkeit

### a) Entwicklung der Rücklagen

	31.12.2010 T€	Zugang T€	Abgang T€	31.12.2011 T€
<b>Zweckgebundene Rücklagen</b>				
Kunst am Bau	164	-	75	89
Parkbauten	806	-	-	806
Wachstums- und Impulsprogramm	4.000	-	2.000	2.000
Verkehrsentwicklung	6.175	-	750	5.425
Finanzausgleich 2011	7.700	-	7.700	0
Finanzausgleich 2012	12.800	-	-	12.800
Summe zweckgebundene Rücklagen	31.645	-	10.525	21.120
Bisherige gesetzliche Mindestrücklage	7.392	-	-	7.392
Freie Rücklage	933	-	-	933
<b>Gesamtsumme Rücklagen</b>	<b>39.969</b>	<b>0</b>	<b>10.525</b>	<b>29.444</b>

Die bisherigen Rücklagen im kameralen System waren stellen liquide Mittel dar, die für die laufende Kas- senliquidität (gesetzliche Mindestrücklage), bzw. für die spätere Entlastung des Haushalts (zweckgebun- dene Rücklagen) „zur Seite gelegt“ wurden. Diese Form der Rücklagen kennt das NKHR nicht. Es werden deshalb im Haushaltsplan 2011 keine neuen Rücklagen gebildet.

Die aus den Rücklagen vorhandene Liquidität wird in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 in der Aktivpo- sition „Liquide Mittel“ dargestellt. Diese liquiden Mittel können zum Ausgleich des Finanzhaushalts heran- gezogen werden und reduzieren damit den Kreditbedarf.

In 2011 werden aus den liquiden Mitteln der bisherigen Allgemeinen Rücklage insgesamt 10.525 T€ zum Ausgleich des Finanzhaushalts entnommen.

### b) Entwicklung der Schulden aus Krediten

Die Schulden aus Krediten werden am 31. Dezember 2010 voraussichtlich 142,3 Mio. € betragen. Nach dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2010 – 2014 werden sie sich wie folgt entwickeln:

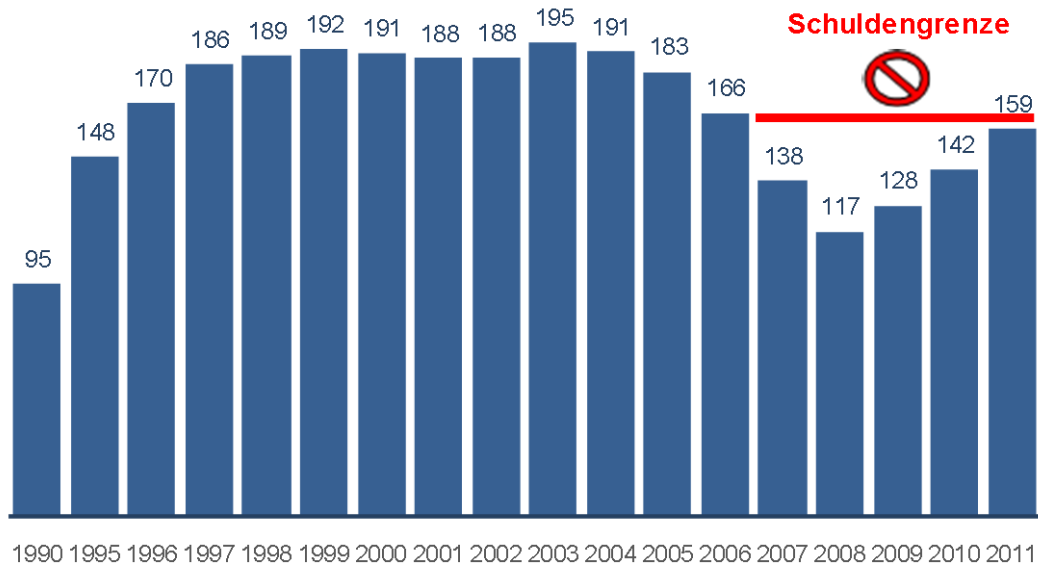
Haus- halts- jahr	Ein- wohner- zahl	Kredit- aufnahme T€	Tilgung T€	Zinsen T€	Schulden- dienst gesamt T€	Schuldenstand zum 31.12. T€	€/Ew	Schulden- reduzierung/ zuwachs T€
2010	121.898	24.409	10.000	4.900	14.900	142.285	1.167	14.409
2011	122.000	27.213	10.500	5.313	15.813	158.998	1.303	16.713
2012	122.100	10.783	11.000	6.313	17.313	158.781	1.300	-217
2013	122.200	8.010	11.000	6.313	17.313	155.791	1.275	-2.990
2014	122.300	6.426	11.400	6.313	17.713	150.817	1.233	-4.974

Die Schulden erhöhen sich im Planungszeitraum 2010 – 2014 um insgesamt 22,9 Mio. €. Die Haushalts- belastung aus dem Schuldendienst steigt zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf 17,7 Mio. € und liegt damit rd. 2,8 Mio. € über dem Wert 2010.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass einige Großinvestitionen im Finanzplanungszeitraum lediglich

mit einer Planungsrate enthalten sind. Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches Risiko, dass sich die Verschuldung gegenüber den oben genannten Werten deshalb weiter erhöht. Gleichzeitig werden aus den Grundstückskäufen Sedelhöfe und Kapitaleinlagen an die Stadtwerke Ulm im Finanzplanungszeitraum Rückflüsse erwartet, sodass das Risiko, die Schuldengrenze zu überschreiten, derzeit als eher gering eingeschätzt wird. Voraussetzung sind jedoch weiterhin auf hohem Niveau stabile Steuereinnahmen.

### Schulden aus Krediten in Mio. €



Ulm, im November 2010

Stadt Ulm

gez.

Gunter Czisch  
Erster Bürgermeister